

rio vor allem die Reste des »kapitalistischen Eigentums« mitsamt ihrem verbliebenen Potenzial zur Erzeugung von Ungleichheit und sozialer Trennung.

Glaubhaft wird festgehalten, dass mit dem letzten Schritt die Demokratie nicht relativiert, sondern gefestigt und vertieft werden soll. Der Rest bleibt offen. Hier zeigt sich nun der Gegensatz im Gestus zwischen dem Linkspartei-Milieu und der Sozialdemokratie. Denn letztere sieht – durchaus erst nach Jahrzehnten der Irritation und endloser Debatten darüber – die wirksame soziale und ökologische Kontrolle des Gebrauchs von Produktionsmitteleigentum als die Methode zur Überwindung des »kapitalistischen« Charakters von Wirtschaftseigentum. Das, was angesichts solcher Regulierung und Einbettung dann noch von den Eigentumsrechten bleibt, gilt

im sozialdemokratischem Denken heute nicht nur als legitim, sondern sogar als wünschenswert für das gesellschaftlich ersprießliche Funktionieren der Märkte. Diese Debatte ist interessant und lohnt immer. Sie ist aber für die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Parteien Mitte-Links für eine sozial und ökologisch orientierte politische Ökonomie unter dem Primat der Demokratie weder wichtig noch nutzbringend. Über sie darf heftig gestritten werden, diese Debatte sollte daher den Willen und den Geist zur Suche nach Wegen der Kooperation nicht trüben. Dieter Klein Buch lädt zu beidem ein – der Zusammenarbeit und der streitigen Debatte.

Dieter Klein: Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. VSA Verlag, Hamburg 2013, 212 S., 16,80 €.



Thomas Meyer

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Einführung* und: *Was ist Fundamentalismus?*
thomas.meyer@fes.de

Klaus-Jürgen Scherer

Vorarbeiten für eine neue Mehrheit

Sozialdemokratische Think Tanks – Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Nun haben die Deutschen die Große Koalition bekommen, die sie im letzten Jahr in ihrer Mehrheit wollten. Angela Merkel, im Zenit ihres Ansehens, blieb Kanzlerin. Gleichzeitig gibt es, vor allem ein Verdienst Sigmar Gabriels, begonnen durch geschickte Koalitionsverhandlungen und die mobilisierende Befragung aller SPD-Mitglieder, nun mehr sozialdemokratische Regierungsinhalte, als bei dem mäßigen Wahlergebnis zu erwarten gewesen wäre. Doch vom Ende her bedacht und mit Blick auf 2017 muss

der Erfahrung begegnet werden, dass erfolgreiches Regieren als Juniorpartnerin in der GroKo, wie die historische Niederlage von 2009 belegt, nicht ausreicht.

Will die SPD wieder mit der Union gleichauf sein, gar den Kanzler oder die Kanzlerin stellen, braucht sie neben einer vorzeigbaren vierjährigen Regierungsbilanz überzeugende Zukunftsprojekte. Kulturelle und diskursive Hegemonie, aus denen eine neue Reformmehrheit erwachsen kann, fallen nicht vom Himmel. »Es

muss Freiraum für eine Ideenentwicklung geschaffen werden, die jenseits der Sachzwänge des Regierungshandelns Weiterdenken kann« – so beschloss es bereits der Leipziger SPD-Parteitag im November 2013. Und auch, dass die Linkspartei als Koalitionsoption im Bund zukünftig nicht mehr prinzipiell auszuschließen ist.

Es geht um Diskursfähigkeit und inhaltliche Öffnung, um attraktive programmatische Perspektiven, um neue Gesprächsoffensiven und um überzeugende Projekte der Gesellschaftsreform. Der SPD-Parteivorstand beschloss hierzu die Einrichtung sogenannter »Themenlabore«.

Bereits seit ein paar Jahren sprießen ganz in diesem Sinne, allerdings weithin unbeachtet, zarte Pflänzchen SPD-naher Denkkorte, die im besonderen Personalisierungs- und Dethematisierungs-Wahlkampf 2013 noch kaum eine Rolle spielen konnten. Aus dem Kontext unterschiedlicher sozialdemokratischer Milieunetzwerke, aber auch zivilgesellschaftlich darüber hinaus wirkend, entstanden kleinere Think Tanks, denen es genau darum geht: Durch Analysen und Positionspapiere, mittels Tagungen und Workshops, über Internetplattformen und Bücher das Profil »links von der Mitte« (Willy Brandt) programmatisch zu schärfen oder auf der Höhe der Zeit gar neu zu denken: mit dem Ziel, durch das Zusammenwirken von Sozialwissenschaften und Politikberatung Debatten anzustoßen, die über die SPD hinaus mit dem Grünen-, Linken- und gewerkschaftlichen Umfeld neue Bündnisfähigkeit entwickeln.

Dass es nun gleich drei Think Tanks mit je eigenem Profil im SPD-Umfeld gibt, die sich bisher eher voneinander abgrenzen, als dass sie sich als Kooperationspartner verstehen, hat mit ihren unterschiedlichen Gründungsgeschichten zu tun.

Hinweg über Partei- und Organisationsgrenzen wirken Spaltungen der politischen Strömungen links der Mitte offenbar nach: Auf der einen Seite ist da die so-

zialpolitisch bis sozialistisch und linksgewerkschaftlich begründete Ablehnung der Agenda 2010 als neoliberale Grenzüberschreitung; auf der anderen Seite heißt es hierzu beim Progressiven Zentrum: »die Modernisierung Deutschlands ist nicht abgeschlossen, sie hat gerade erst begonnen!«.

Im 2010 offiziell gegründeten Institut Solidarische Moderne (ISM), das sich als »Programmwerkstatt für neue linke Politikkonzepte« mit klarem Bekenntnis zur »Rot-Grün-Roten-Machtoption« versteht, haben sich Parteilinke aus der SPD und Akteure des linken Flügels der Grünen mit Vertretern der Linkspartei sowie mit kritischen, auch marxistisch geprägten Wissenschaftlern zusammengefunden. Ein Gründungsimpuls lag darin, dass das furiose Scheitern der rot-rot-grünen Regierungsbildung in Hessen selbstkritisch darauf zurückgeführt wurde, dass dieser Versuch zu wenig inhaltlich fundiert und zu vordergründig machtpolitisch angelegt war. Nicht von ungefähr war neben Andrea Ypsilanti (SPD), Sven Giegold (Grüne) und Katja Kipping (Linke) der verstorbene ökologische Vordenker der SPD, Hermann Scheer, einer der Initiatoren des ISM.

Mit einer jährlichen *Summer Factory*, mit Diskussionspapieren und den Schriftenreihen »Denkanstöße« und »Argumente«, mit im VSA-Verlag erschienenen Büchern (*Solidarisches Europa*, *Solidarische Bildung*, bald auch *Solidarische Arbeitsverhältnisse*), liegen Ergebnisse vor, die insbesondere fundamentale Kritik am und Alternativen zum neoliberal entgrenzten und deregulierten Kapitalismus formulieren.

Das Institutsprofil erschließt sich durch den Schlüsselsatz, es gehe um die Entwicklung »sozialökologischer Transformationskonzepte«, d.h. um eine politische Wirtschaftsstrategie, die gegen den herrschenden Neoliberalismus ökologische, soziale und kulturelle Grundlagen einbeziehe und deren Wirkungszusammenhän-

*Die Systemfrage
wird wieder
gestellt*

ge berücksichtige. Die Aufnahme des politikwissenschaftlichen Transformationsbegriffes, wie er auch in neueren Büchern von Rolf Reißig und Dieter Klein (Rosa-Luxemburg-Stiftung) verwandt wird, legt den grundlegenden Austausch der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nahe und verweist darauf, dass die Systemfrage – wie auch immer – durchaus gestellt werden darf. Die Vision von der Überwindung des Kapitalismus wird im Grunde noch erweitert (und radikalisiert) durch eine kulturelle und ökologische Zivilisations- und Wachstumskritik. Wobei Transformationskonzepte in diesen linken *Crossover*-Diskursen in mancherlei Hinsicht relativ vage bleiben gegenüber früheren, ausgefeilteren Konzepten der Systemveränderung, wie der Sozialen Demokratie, des Demokratischen Sozialismus oder des Ökosozialismus: Soll es doch in erster Linie darum gehen, bei »möglichen AkteurInnen linker Reformbündnisse zunächst einmal Vertrauen zu schaffen«. Das ISM nimmt eben in besonderem Maße auf die Befindlichkeiten auch aus der Linkspartei Rücksicht. Es spricht vorsichtig von einer »Mosaiklinken«, die »anerkennt, dass die politische wie die gesellschaftliche Linke ein fragiles Gefüge heterogener Gruppen und Personen ist, die unter zum Teil sehr verschiedenen Handlungsbedingungen arbeiten«.

Bereits 2007 entstand das Progressive Zentrum (PZ) als »linksliberale Denkfabrik«, verbunden mit dem Londoner »Policy Network« und wie dieses orientiert an den *progressive ideas* des »Dritten Weges«, wie sie vor rund 20 Jahren besonders in den sozialwissenschaftlichen Werken von Anthony Giddens entfaltet wurden.

»Fortschrittsorientiert, erneuerungs-freudig, im ursprünglichen Sinne sozial-liberal« – so die Selbstdarstellung dieses Think Tanks der »Netzwerker«, bei denen sich bekanntlich diejenigen SPD-Abgeordneten organisieren, die sich für besonders pragmatisch halten. Einer der Vorsitzenden des PZ ist denn auch Tobias Dürr,

gleichzeitig Chefredakteur des Netzwerk-Organs *Berliner Republik*. Auch das PZ versteht sich als »ermöglichender Ort« für neue Diskurse und Vernetzungen.

Wie sehr es ebenfalls auf das rot-grüne Bündnis setzt, wurde besonders im letzten Jahr durch seine Veranstaltungsreihe »rot-grüner Salon« und die rot-grüne Unterstützerinitiative »bewegungjetzt« zur Bundestagswahl deutlich. Dem Profil entsprechend stößt man hier eher auf die Namen bürgerlich-mittiger Grüner wie Katrin Göring-Eckardt oder Ralf Fücks (es ist aus Sicht der SPD eine wichtige Aufgabe, deren Abgleiten in die schwarz-grüne Perspektive zu verhindern). Die darüber hinausgehende Gesprächseinladung, um »Rot-Grün + X vorzudenken und den Weg zu bereiten« wendet sich beim PZ an »Vertreterinnen und Vertreter der pragmatischen Linken und der sozialliberalen FDP«.

Im Begriff des Progressiven, wie er hier gebraucht wird, ist von linker Kapitalismuskritik so nicht mehr die Rede, »denn bessere Lebenschancen für mehr Menschen werden am besten dort verwirklicht, wo Staat, Wirtschaft und Gesellschaft an einem Strang ziehen«. Doch stand auch die Fortschrittsdebatte Pate, die vor drei Jahren nicht nur wieder einmal vom SPD-Parteivorstand,

sondern danach auch im Fortschrittsforum der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und in einer Enquete-Kommission des Bundestages geführt wurde. Einerseits wird deren Kernfragen nachgegangen: Welches Wachstum für Europa? Wie wollen wir leben und arbeiten? Was ist progressive Energiepolitik? Was ist die Zukunft des – vorsorgenden – Sozialstaats? »Policy-Briefe« und eine Broschürenreihe, etwa der Band »Fortschritt jetzt! Progressive Zukunftsdiskurse«, künden hiervon. Andererseits scheint der Gestus einer »tatkräftigen Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt« sozialökologischer Zivilisationskritik und übertrie-

Wirtschaft und Gesellschaft an einem Strang?

bener Wachstumsskepsis entgegenzustehen. Das Bedauern, dass immer mehr Menschen »Zuflucht suchen in – vermeintlichen – Gewissheiten der Vergangenheit« kann man auch als Kritik am ISM lesen, bei dem der Gedanke der Überwindung der historischen Spaltung der Arbeiterbewegung immer noch zu finden ist.

2011 gründete sich das Denkwerk Demokratie (DD), das auf Initiative der damaligen SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles als »Think-Net, bzw. als Denk-Netzwerk Analysen, Ideen und Akteure aus Politik, Gewerkschaften, NGO und Wissenschaft zusammenbringen will«. Das DD erhielt jüngst mediale Aufmerksamkeit, weil Nahles' Nachfolgerin Yasmin Fahimi, neben Michael Guggemos (IG Metall, jetzt Hans-Böckler-Stiftung) und Steffi Lemke (Grüne), ebenfalls dem DD-Vorstand angehört. Eine Schlüsselrolle spielt der ehemalige Politikabteilungsleiter des Willy-Brandt-Hauses, Benjamin Mikfeld, der wie Nahles und Guggemos aus der Strömung der »Juso-Linken« heraus einst Bundesvorsitzender der Jungsozialisten war.

Zunächst wollte man mit der DD einen Ort für gemeinsame rot-grüne Programmarbeit schaffen, um 2013 nicht wie nach dem Wahlsieg 1998 programmatisch blank dazustehen. Es gelang, von Anfang an die Gewerkschaften, nicht aber die Linkspartei, einzubeziehen. Mittlerweile geht es dem DD um »Neues Denken und gesellschaftliche Mehrheiten für Neues Denken.«

Das DD, das bereits mehrere Denkschriften, Werkstattberichte und Bücher vorlegte, beschäftigt sich bisher erstens vor allem mit einem neuen Wirtschaftsmodell, das die Kritik am Finanzkapitalismus in Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Tagesordnung setzt. Zweitens, wie in dem 2013 bei Campus erschienenen Band *Roadmaps 2020*, mit der Entwicklung eines Politikmodells des gesellschaftlichen Strukturwandels für mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demo-

kratie, ausgehend von der Vorstellung eines »guten Lebens«. Drittens schließlich mit Analysen zur strategischen Diskursführung, wie sie beispielsweise im unlängst erschienenen Band *Sprache. Macht. Denken. Politische Diskurse verstehen und führen* zu finden sind. Dabei handelt es sich um den Versuch, die miteinander ringenden Diskurswelten als kulturelle und mediale Regelsysteme, die hinter den sichtbaren Machtstrukturen und -mechanismen liegen, zu begreifen und reformpolitisch nutzbar zu machen.

Das DD besitzt gegenüber den beiden anderen Think Tanks einige Vorteile: Es hat einen quasi offiziellen Status u.a. mit einem Beirat, in dem die rot-grünen Parteiführungen und die wichtigsten Gewerkschaftsvorsitzenden vertreten sind. Zweitens ist es, auch dank der Hans-Böckler-Stiftung, personell und finanziell besser ausgestattet. Daneben versteht es sich als eine Art übergeordnete Instanz (»ganzheitliches Zusammendenken«) und will – gewissermaßen als Supervision der kritischen Diskurse – unterschiedliche Standpunkte und Interessengegensätze innerhalb des sozialökologischen Lagers überwinden helfen. »Die Aufgabe des Denkwerks Demokratie ist es nicht, diese Differenzen einzuebneten, sondern sie auszuloten und Wege zu finden, produktiv mit ihnen umzugehen.«

Fragen an die unterschiedlichen politischen Verortungen der Think Tanks bleiben: Was ist noch oder schon wieder links – oder ist links sein nicht überhaupt zu eng geworden und überholt? Wie sind Elemente antikapitalistischer Systemkritik und »progressive« Politikgestaltung, die Märkte und Wirtschaft realpolitisch in Rechnung stellt, miteinander verknüpfbar? Wie verhalten sich wissenschaftliche Analysen, grundsätzliche Gesellschaftskritik und langfristige Visionen zu Konzepten unmittelbarer Politikberatung, die sich auf reale Machtverhältnisse, allenfalls auf die nächsten Jahre oder sogar nur auf die eigene

Karriereplanung beziehen? In wieweit sind Diskursstrategien tiefgreifender Gesellschaftsreformen angesichts vorhandener Medienmacht und neuer Widersprüche der digitalen Welt überhaupt noch steuerbar?

Doch neben allen offenen Fragen eint die Think Tanks auch manches: Sie widersprechen technokratischem Praktizismus und bloßer Stimmungsdemokratie. Sie halten programmatische Analysen und Konzepte für die Basis erfolgreichen politischen Handelns. Sie befürworten, dass das rot-grüne Projekt in die Gesellschaft hinein erweitert werden muss, um mehrheitsfähig zu werden und um einen tatsächlichen Politikwechsel angehen zu können. Es verbindet sie die Einsicht, dass Europa die entscheidende neue Dimension politischen Handelns ist, die ein »Rethinking« tradierter Konzepte von Regulierung, Sozialstaat, Umverteilung und Demokratisie-

rung notwendig macht. Schließlich eint sie die Erkenntnis, dass Reformpolitik nicht auf staatliches Handeln und besseres Regieren reduziert werden sollte, sondern mit sozialen Bewegungen über Parteigrenzen hinweg und mit Diskurshoheit zu tun hat.

Derartige Gemeinsamkeiten sollten mehr als bisher zu Kooperation und Ergänzung einladen, untereinander und in Auseinandersetzung mit anderen reformpolitischen Denkorten. Denn Think-Tank-Arbeit findet schließlich auch im Parteivorstand und manchen Ministerien des »Tankers SPD« (Peter Glotz), erst recht in der FES und sogar in kleinen Beibooten, wie im Umfeld der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw) und der *perspektivends* (Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik), statt.



Klaus-Jürgen Scherer

Redaktion NG/FH, ist Politikwissenschaftler und Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie.

klaus-juergen.scherer@fes.de

Stefan Grönebaum

Auf der Suche nach einer Erzählung

Die SPD in einem schwierigen »Bewährungsaufstieg«

Seit ihrem Wahlsieg 1998 hat die Bundes-SPD Kompetenz und Glaubwürdigkeit, Wählerstimmen und Mitglieder, 2005 die Regierungsführung und 2009 die Mitregierung eingebüßt. Die von Parteichef Sigmar Gabriel ausgerufenen »Rückrufaktion« für 10 Millionen seit 1998 verlorene Wähler blieb mäßig erfolgreich. 2013 machte die SPD aus einem verpatzten Wahlkampf mit miserablen Ergebnis durch kluge Koalitionsverhandlungen unter Beteiligung der Mitglieder das Beste. Nun ist sie wieder

Merkels Juniorpartner. Agiert sie diesmal als kompetente und glaubwürdige Regierungs- und Programmpartei mit eigenständigem Profil, Projekten und Machtoptionen? Denn so wahr es ist, dass große Koalitionen nicht per se dem kleineren Partner schaden müssen, so klar ist auch, dass die SPD als Merkels Juniorpartner klug handeln muss, um mauen Kompetenzwerten und dem 20 %-Turm zu entgehen: Anfang 2014 lag sie um die 25 %, weniger trauten ihr die Lösung der Probleme zu.